



ÜBUNGSBEISPIEL: Fallstudie

AD Generalistisches Profil



Informationen für Teilnehmer

© Europäische Union, 2013

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Veröffentlichung darf ohne die schriftliche Genehmigung von EPSO, avenue de Cortenbergh 25, B-1049 Brüssel vervielfältigt, in einem Abfragesystem gespeichert oder in irgendeiner Form – auch nicht elektronisch, mechanisch, durch Fotokopie oder anderweitig – verbreitet werden.

Diese Übung darf nur durch von EPSO geschulte und entsprechend ermächtigte Personen und nur unter den von EPSO festgelegten Bedingungen ausgehändigt und ausgewertet werden.

EPSO_DE_GER MOCK_CS_EX_130913_100.15

AUFGABE

WICHTIGER HINWEIS:

Der in dieser Unterlage beschriebene Sachverhalt wurde allein zum Zweck dieser Prüfung erfunden. Werden tatsächlich bestehende Staaten, internationale Organisationen, private Unternehmen, Abteilungen, ihre Vertreter usw. genannt, sind diese einzig und allein als Beispiele zu betrachten. Die in dieser Unterlage enthaltenen Aussagen geben nicht den Standpunkt dieser Organisationen oder Personen wieder. Sie sollten sich daher bei der Beantwortung der Fragen allein auf die Angaben in dieser Unterlage stützen, nicht auf eventuell vorhandene Vorkenntnisse.

In dieser Übung sind Sie ein AD-Beamter in der Generaldirektion für Beschäftigung der Europäischen Kommission. Alle benötigten Dokumente finden Sie in diesen Unterlagen. Dazu zählen verschiedene E-Mails, Zeitungsartikel und sonstige Unterlagen, die Sie auswerten müssen, um Ihre Aufgabe zu erfüllen. Heute ist Ihr erster Arbeitstag in Ihrer neuen Stelle.

Bitte beachten Sie, dass die simulierte Situation so wie beschrieben zu akzeptieren ist. In einer tatsächlichen Situation könnten Sie auf andere Informationsquellen zurückgreifen und Kollegen konsultieren. Für diese Aufgabe stehen Ihnen aber nur die vorliegenden Unterlagen zur Verfügung. Fehlen bestimmte Informationen ganz oder sind Informationen lückenhaft, können Sie allerdings durchaus logische Annahmen machen.

Sie dürfen die Informationen nach eigenem Wunsch neu anordnen und nach Bedarf Anmerkungen hinzufügen und sich Notizen machen. Denken Sie jedoch daran, dass sich die Prüfer bei Ihrer Bewertung ausschließlich auf das stützen, was Sie auf die linierten Papierbögen schreiben, die Ihnen ausgehändigt wurden. Achten Sie daher darauf, dass sich alle für die Bewertung wichtigen Ausführungen und die Erläuterung Ihrer Gedankengänge auf diesen linierten Papierbögen wiederfinden.

Anhand dieser Fallstudie sollen folgende Kompetenzen bewertet werden: Fähigkeit zur Analyse und Problemlösung, (schriftliche) Kommunikation, qualitäts- und ergebnisorientiertes Arbeiten, Fähigkeit zur Prioritätensetzung und Organisation.

Ihre Aufgabe wird insbesondere darin bestehen,

einen Vermerk für Ihren Referatsleiter zu erstellen, in dem Sie

- **auf die wichtigsten Probleme im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit in Transyldavien eingehen;**
- **die EU-Initiativen erörtern, die in diesem Fall eingesetzt werden könnten, und erklären, warum dies der Fall ist;**
- **eine konkrete Empfehlung dazu auszusprechen, welche Maßnahmen auf EU-Ebene im Hinblick auf Mattyl, ein regionales Unternehmen, zu ergreifen sind.**

Für die Bearbeitung dieser Fallstudie haben Sie 90 Minuten Zeit. Bitte fassen Sie Ihre Antwort so präzise und klar wie möglich ab und schreiben Sie so leserlich wie möglich.

Bitte beachten Sie:

Heute ist Montag, der 9. Januar 201X.

Letztes Jahr was das Jahr 201X-1, nächstes Jahr wird das Jahr 201X+1 sein.

ABKÜRZUNGEN

BIP	Bruttoinlandsprodukt
Cedefop	Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung
EFGU	Europäischer Fonds für globale Unterstützung
ESHF	Europäischer Strukturhilfefonds
EU	Europäische Union
GD	Generaldirektion
KMU	kleine und mittlere Unternehmen
MEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MS	Mitgliedstaaten
NRO	Nichtregierungsorganisation
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
RL	Referatsleiter(in)
UFF	Unternehmer für Fortschritt

**E-MAIL**

Von: Ramon Miscotas, RL „Strategie für Sozialschutz und soziale Eingliederung”,
GD Beschäftigung
An: <Ihr Name>
Kopie:
Datum: 9.1.201X
Betreff: Willkommen

Liebe(r) <Ihr Name>,

willkommen in der Generaldirektion für Beschäftigung. Ich habe bereits mehrere Aufgaben für Sie vorbereitet, so dass Sie direkt mit der Arbeit beginnen können!

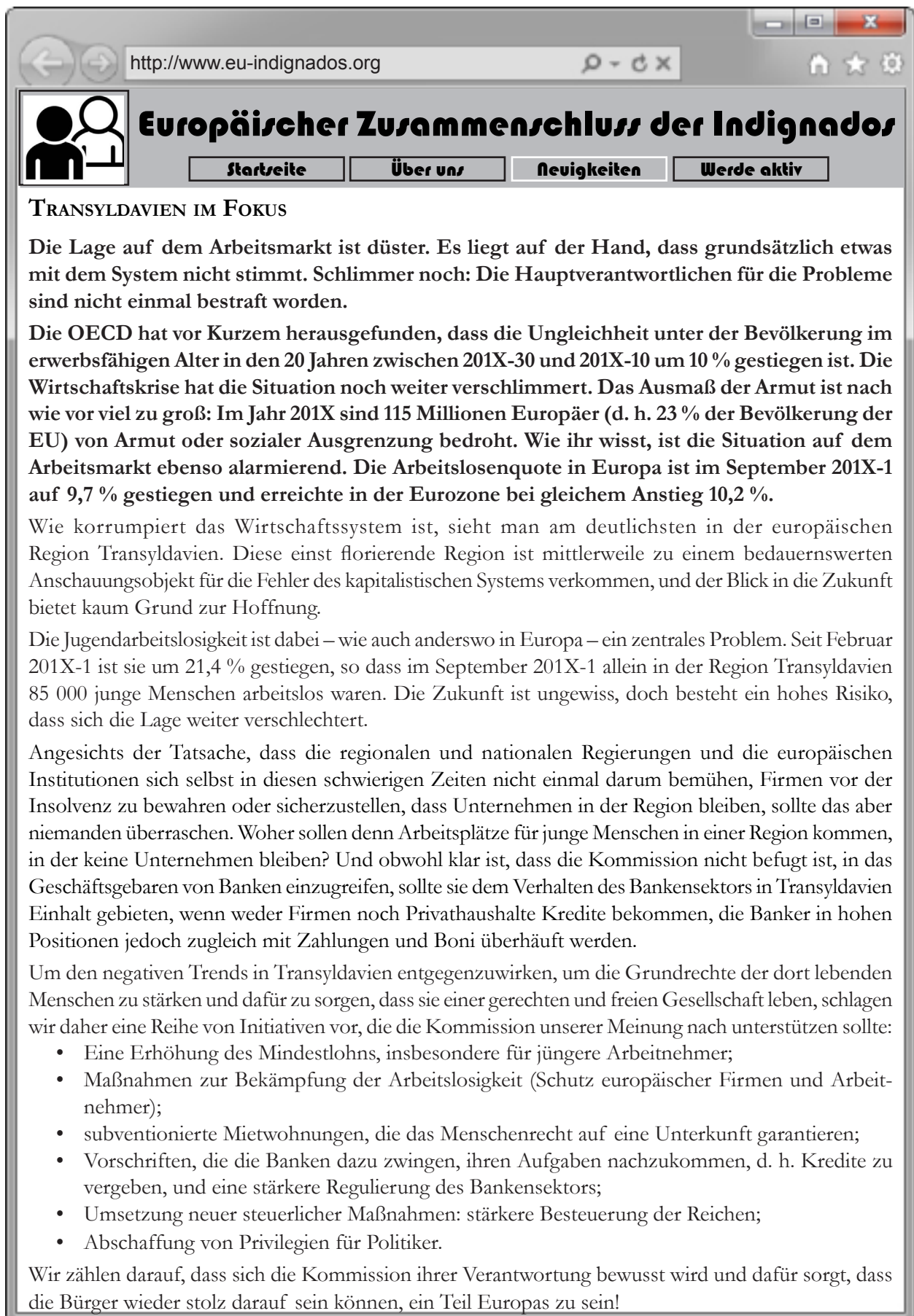
Die Regionalregierung von Transylavien hat die Kommission in einem Schreiben um Hilfe in Bezug auf das große nationale Unternehmen Mattyl gebeten, das einer der größten Arbeitgeber in der Region ist. Das Unternehmen steckt in Schwierigkeiten und steht kurz vor der Insolvenz.

Da wir in der Vergangenheit Studien zu dieser Region durchgeführt haben, hat uns die Kommission um Hilfe bei der Formulierung ihrer Antwort gebeten. Zunächst ist es jedoch wichtig, dass wir den Kollegen eine bessere und objektive Einsicht in die wichtigsten mit der Arbeitslosigkeit verbundenen Probleme in Transylavien verschaffen. Anschließend möchte ich Sie bitten zu untersuchen, welche europäischen Initiativen zur Lösung der spezifischen Probleme in der Region eingesetzt werden könnten. Drittens sollten Sie eine konkrete Empfehlung dazu formulieren, welche Maßnahmen auf europäischer Ebene mit Blick auf Mattyl, einen der größten Arbeitgeber Transylaviens, ergriffen werden könnten.

Ich habe meine Assistentin gebeten, alle Informationen, die Sie unter Umständen benötigen, zusammenzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

Ramon



The screenshot shows a web browser window with the address bar containing 'http://www.eu-indignados.org'. The website header features a logo of two stylized figures and the title 'Europäischer Zusammenschluss der Indignados'. Below the title are four navigation buttons: 'Startseite', 'Über uns', 'Neuigkeiten', and 'Werde aktiv'.

TRANSYLDAVIEN IM FOKUS

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist düster. Es liegt auf der Hand, dass grundsätzlich etwas mit dem System nicht stimmt. Schlimmer noch: Die Hauptverantwortlichen für die Probleme sind nicht einmal bestraft worden.

Die OECD hat vor Kurzem herausgefunden, dass die Ungleichheit unter der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den 20 Jahren zwischen 201X-30 und 201X-10 um 10 % gestiegen ist. Die Wirtschaftskrise hat die Situation noch weiter verschlimmert. Das Ausmaß der Armut ist nach wie vor viel zu groß: Im Jahr 201X sind 115 Millionen Europäer (d. h. 23 % der Bevölkerung der EU) von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Wie ihr wisst, ist die Situation auf dem Arbeitsmarkt ebenso alarmierend. Die Arbeitslosenquote in Europa ist im September 201X-1 auf 9,7 % gestiegen und erreichte in der Eurozone bei gleichem Anstieg 10,2 %.

Wie korrumpiert das Wirtschaftssystem ist, sieht man am deutlichsten in der europäischen Region Transylavien. Diese einst florierende Region ist mittlerweile zu einem bedauernswerten Anschauungsobjekt für die Fehler des kapitalistischen Systems verkommen, und der Blick in die Zukunft bietet kaum Grund zur Hoffnung.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist dabei – wie auch anderswo in Europa – ein zentrales Problem. Seit Februar 201X-1 ist sie um 21,4 % gestiegen, so dass im September 201X-1 allein in der Region Transylavien 85 000 junge Menschen arbeitslos waren. Die Zukunft ist ungewiss, doch besteht ein hohes Risiko, dass sich die Lage weiter verschlechtert.

Angesichts der Tatsache, dass die regionalen und nationalen Regierungen und die europäischen Institutionen sich selbst in diesen schwierigen Zeiten nicht einmal darum bemühen, Firmen vor der Insolvenz zu bewahren oder sicherzustellen, dass Unternehmen in der Region bleiben, sollte das aber niemanden überraschen. Woher sollen denn Arbeitsplätze für junge Menschen in einer Region kommen, in der keine Unternehmen bleiben? Und obwohl klar ist, dass die Kommission nicht befugt ist, in das Geschäftsgebaren von Banken einzugreifen, sollte sie dem Verhalten des Bankensektors in Transylavien Einhalt gebieten, wenn weder Firmen noch Privathaushalte Kredite bekommen, die Banker in hohen Positionen jedoch zugleich mit Zahlungen und Boni überhäuft werden.

Um den negativen Trends in Transylavien entgegenzuwirken, um die Grundrechte der dort lebenden Menschen zu stärken und dafür zu sorgen, dass sie einer gerechten und freien Gesellschaft leben, schlagen wir daher eine Reihe von Initiativen vor, die die Kommission unserer Meinung nach unterstützen sollte:

- Eine Erhöhung des Mindestlohns, insbesondere für jüngere Arbeitnehmer;
- Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Schutz europäischer Firmen und Arbeitnehmer);
- subventionierte Mietwohnungen, die das Menschenrecht auf eine Unterkunft garantieren;
- Vorschriften, die die Banken dazu zwingen, ihren Aufgaben nachzukommen, d. h. Kredite zu vergeben, und eine stärkere Regulierung des Bankensektors;
- Umsetzung neuer steuerlicher Maßnahmen: stärkere Besteuerung der Reichen;
- Abschaffung von Privilegien für Politiker.

Wir zählen darauf, dass sich die Kommission ihrer Verantwortung bewusst wird und dafür sorgt, dass die Bürger wieder stolz darauf sein können, ein Teil Europas zu sein!


ARBEITSGRUPPE ZU ARBEITSMARKTTHEMEN

Datum und Uhrzeit:	15.12.201X-1 – 10.00–12.00
Teilnehmer:	<ALLE_Mitglieder der Arbeitsgruppe>
Themen:	<ul style="list-style-type: none"> – Sicherheit und Flexibilität – Studien zu Transylvanien – Mobilität von Arbeitnehmern

THEMEN
Sicherheit und Flexibilität

Christopher stellt eine Zusammenfassung des „Flexicurity“-Konzepts vor, das die Kommission im Rahmen ihrer Strategie „Arbeitsplätze und Qualifikationen“ vorgeschlagen hat. Er wird die bisherigen Auswirkungen der Strategie genau analysieren und in einer der folgenden Sitzungen Empfehlungen aussprechen.

Flexicurity ist eine integrierte Strategie, die versucht, den Bedarf der Arbeitgeber an flexiblen Arbeitskräften und das Bedürfnis der Arbeitnehmer nach Sicherheit miteinander in Einklang zu bringen. In der Praxis besteht sie aus vier gemeinsamen Grundsätzen, die den MS bei der Umsetzung helfen sollten: 1) flexible und verlässliche vertragliche Vereinbarungen, 2) umfassende Strategien für lebenslanges Lernen, 3) wirksame aktive Arbeitsmarktstrategien und 4) moderne Sozialversicherungssysteme.

Studien zu Transylvanien

Neue Analysen der Europäischen Kommission haben ergeben, dass Transylvanien – wie andere EU-Regionen – angesichts des desolaten Zustands der Wirtschaft in der Region genau beobachtet werden muss. Im Sinne eines proaktiven Handelns wird die Arbeitsgruppe in Erwartung eines möglichen neuen Antrags die Ergebnisse der Studien, die sie 201X-5 durchgeführt hat, erneut analysieren.

Violeta wird die Sache in die Hand nehmen, da sie als leitende Wissenschaftlerin an der Studie mitgearbeitet hat. Laut ihren Aussagen war eines der Hauptthemen der vorhergehenden Studie die Tatsache, dass die Regionalregierung infolge des wirtschaftlichen Abschwungs in der Region beschlossen hatte, in großem Rahmen zeitlich befristete Verträge einzuführen. Nachfolgende Analysen ergaben, dass dieser Beschluss im Jahr nach der Einführung dieser Strategie positive Auswirkungen auf die Wirtschaft in der Region hatte.

Mobilität von Arbeitnehmern

Ramon spricht über ein neues Forschungsthema: Es geht um die Auswirkung der Mobilität von Arbeitnehmern auf die Arbeitslosigkeit vor Ort und insbesondere die Gefahren eines „Brain drain“. Ramon fragt, wer mit der Arbeit zu diesem Thema beginnen möchte.

Veröffentlicht am: 16.11.201X-1

EUROPA HEUTE

IMMER AUF DEM NEUESTEN STAND

Europas kompliziertes Verhältnis zu den Arbeitsmärkten

Die Ereignisse der letzten Jahre haben ganz klar gezeigt, dass ein stärker integriertes Konzept für die Arbeitsmärkte erforderlich ist: Eine Finanz- und Wirtschaftskrise wurde zur Schuldenkrise, und auf die umfangreichen Konjunkturpakete folgte in den meisten Mitgliedstaaten eine Welle von Sparmaßnahmen der Regierungen. Wir könnten fragen, welche Rolle Europa spielen sollte, angesichts der Tatsache, dass effiziente, zielgerichtete Strategien in den Mitgliedstaaten aufgrund der sozialen Folgen der Wirtschaftskrise wichtiger sind denn je, während die Arbeitsmarktpolitik eigentlich nicht in die Zuständigkeit der Kommission, sondern in die der Mitgliedstaaten selbst fällt.

In diesem Zusammenhang kann der Europäische Strukturhilfefonds (ESHF) als Beispiel dienen. Der Fonds selbst wird von der EU verwaltet, und die aus ihm finanzierten Projekte können ganz unterschiedlich sein. Zu den Beispielen für in diesem Jahr eingeleitete Projekte zählen „Wohlstand auf den Straßen“, ein Projekt, mit dem ein Netz von Jugendsozialarbeitern in Paris geschaffen wurde, und „Weg an die Spitze“, ein internationales Programm für junge Hochschulabsolventen in Portugal. Der ESHF finanziert Projekte nicht direkt von Brüssel aus, sondern die einzelnen Projekte werden von teilnehmenden Einrichtungen (sog. „Initiatoren“) gemanagt. Der Initiator entwirft ein Projekt, beantragt eine Finanzierung und führt das Projekt durch, sofern ihm die Mittel dafür gewährt werden. Die Initiatoren von ESHF-Projekten sind vielfältig: Behörden, NRO, Sozialpartner und im Bereich Beschäftigung und soziale Eingliederung tätige Unternehmen. Zwischen der Antragstellung und der Gewährung der Finanzierung liegen maximal drei Monate.

Es sieht also so aus, als ob im neuen Jahr ein weiteres Kapitel in der Geschichte der politischen Maßnahmen zur Lösung von Arbeitsmarktproblemen, insbesondere in Krisenzeiten, aufgeschlagen wird.

TRANSYLDAVIEN: STELLVERTRETEND FÜR GANZ EUROPA?

Die Region Transylavien bereitet den europäischen Staats- und Regierungschefs immer größere Sorgen. Um die jüngsten Ereignisse begreiflicher zu machen, hat unser Korrespondent mit dem Wissenschaftler Fabian Moulieras gesprochen, der seit fast 10 Jahren in der Region lebt.

F: Können Sie etwas zur jüngsten Häufung von Meldungen über Ausschreitungen von Jugendlichen sagen?

A: *Dieses Problem besteht zwar schon seit Jahren, doch in den letzten paar Monaten hat sich die Lage deutlich verschlimmert. Diese jungen Leute sind arbeitslos und gelangweilt, und sie haben das Gefühl, dass sie nichts zu verlieren haben. Ich habe den Eindruck, dass der Kern des Problems die Diskrepanz zwischen den Ausbildungsprogrammen und dem Bedarf der Industrie ist. Dieser Mangel an Qualifikationen kann bewirken, dass Leute in einen Teufelskreis aus andauernder Arbeitslosigkeit geraten, wie es den meisten Jugendlichen widerfährt.*

F: Transylavien hat in Europa mit den höchsten Anteil älterer Arbeitnehmer an der Erwerbsbevölkerung und gleichzeitig die höchste Arbeitslosenquote älterer Arbeitnehmer. Spielt hier auch der Qualifikationsmangel eine Rolle?

A: *Das stimmt, die Arbeitslosigkeit unter den Älteren ist ein Problem. Qualifikationen sind mit Sicherheit ein zentraler Punkt in dieser Angelegenheit, doch die wahre Ursache des Problems ist weniger der Mangel an passender Ausbildung, sondern die Tatsache, dass viele ältere Arbeitnehmer von der Einführung der Teilzeitbeschäftigung getroffen wurden. Dabei haben die Unternehmen teure alte Arbeitnehmer durch billigere jüngere ersetzt. Außerdem ist es für ältere Arbeitnehmer schwierig, mit den sich rasch ändernden Arbeitsanforderungen Schritt zu halten.*

P.A.K. Patterson

Europa Heute vom 16.11.201X-1

© 201X-1 Copyright-Vermerk



GD BESCHÄFTIGUNG

E-MAIL

Von: Violeta Doremi, Assistentin, Referat „Strategie für Sozialschutz und soziale Eingliederung“, GD Beschäftigung
An: Ramon Miscotas, RL „Strategie für Sozialschutz und soziale Eingliederung“, GD Beschäftigung
Kopie:
Datum: 28.12.201X-1
Betreff: Agenda der Arbeitsgruppe für 201X

Lieber Ramon,

ich habe ein paar zusätzliche Vorschläge für Themen, die auf die Agenda der Arbeitsgruppe zu Arbeitsmarktthemen gesetzt werden könnten.

Erstens: Die Krise verändert die europäischen Arbeitsmärkte grundlegend. Arbeitnehmer und Unternehmen müssen die Möglichkeit bekommen, sich erfolgreich an diese sich verändernden Gegebenheiten anzupassen, d. h. sichere Arbeitsplätze zu erhalten, die Qualifizierung auf allen Ebenen zu unterstützen, Menschen wieder eine Arbeit zu verschaffen und die Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Kommission arbeitet derzeit am Europäischen Fonds für globale Unterstützung (EFGU), um Arbeitnehmer zu unterstützen, die ihre Arbeitsplätze aufgrund von Veränderungen im Welthandelsgefüge verloren haben. Der EFGU kann entlassenen Arbeitnehmern helfen, möglichst schnell eine neue Stelle zu finden, wenn ein großes Unternehmen schließt, wenn eine Fabrik in ein Land außerhalb der EU verlegt wird oder sogar, wenn viele Arbeitsplätze in einem Sektor in einer bestimmten Region wegfallen. Für die Finanzierung solcher Maßnahmen stehen dem EFGU Mittel in Höhe von maximal 4 Milliarden EUR pro Jahr zur Verfügung.

Zweitens sollten wir das Europäische Lernprogramm näher prüfen, das Menschen in allen Phasen des Lebens die Teilnahme an anregenden Lernerfahrungen ermöglicht. Das Programm bietet sehr vielfältige Möglichkeiten, da es über mehrere Jahre verteilte Unterprogramme für verschiedene Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung umfasst (einjährige Austauschprogramme, lange Praktika und Meisterklassen in ein- oder zweijährigen Programmen).

Gruß

Violeta



September 201X-1

UFF-SEMINARE – WAS HAT UNS EUROPA ZU BIETENS

In Europa stehen einige interessante Fazilitäten und Mechanismen zur Verfügung, die anscheinend nicht immer besonders bekannt sind. In unserem nächsten Seminar wird daher eine der interessantesten Initiativen, der Europäische Strukturhilfefonds, näher erläutert.

Der ESHF ist einer der EU-Strukturfonds, die geschaffen wurden, um die Unterschiede in Bezug auf Wohlstand und Lebensstandard zwischen den Mitgliedstaaten und Regionen EU-weit zu verringern. Der ESHF soll Beschäftigung in der EU fördern, und seine Mittel werden über die Mitgliedstaaten und Regionen verteilt, wobei der Schwerpunkt auf den wirtschaftlich am wenigsten entwickelten Gebieten liegt.

Kleine Vorschau auf zwei der Themen des nächsten Seminars:

- Die EU hat Verbraucherschutzvorschriften und europäische Normen ausgearbeitet, die zur technischen Harmonisierung von Produktanforderungen im Binnenmarkt verwendet werden sollen (GD Gesundheit und Verbraucher). [Weitere Informationen finden Sie hier.](#)
- Die Bekämpfung von Kartellen und Verhinderung des Missbrauchs marktbeherrschender Stellungen sind die beiden Prioritäten der EU-Kartellpolitik. [Weitere Informationen finden Sie hier.](#)

Erfahren Sie mehr darüber, was Europa Ihnen und Ihrem Unternehmen zu bieten hat. Melden Sie sich jetzt auf www.unternehmer-fortschritt.eu/seminare für die nächsten Seminare an.

Europäische Gewerkschaften**E-MAIL**

Von: Guy Mamaison, Europäische Gewerkschaften
An: Ramon Miscotas, RL „Strategie für Sozialschutz und soziale Eingliederung“,
GD Beschäftigung
Kopie:
Datum: 3.1.201X
Betreff: Initiative für Unternehmen

Sehr geehrter Herr Miscotas,

ich schreibe Ihnen in meiner Eigenschaft als Gewerkschaftsvertreter der Arbeiter von Mattyl in Transylavien. Das Unternehmen steht angeblich kurz vor der Insolvenz, und das Management droht, einige der wichtigsten Produktionslinien ins Ausland zu verlegen, um Kosten zu sparen.

Die Angestellten des Unternehmens mussten in den letzten Jahren viele Rückschläge hinnehmen, und dies wäre der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Ihnen wurden bereits zu viel abverlangt, und sie benötigen dringend mehr Sicherheit. Ich habe deshalb vor, Europa um Hilfe zu bitten. Wir schlagen vor, dass das Unternehmen Mittel aus dem ESHF beantragen und die gewährte Summe nutzen sollte, um die Produktionslinien in Transylavien zu erhalten.

Ich habe festgestellt, dass Ihr Name auf der Rednerliste der Konferenz zum Thema Arbeitslosigkeit steht, die im kommenden Monat in Straßburg stattfindet. Ich würde mich gerne mit Ihnen treffen, um über diesen Vorschlag und andere Möglichkeiten – insbesondere die zahlreichen von der GD Unternehmen und Industrie und der GD Binnenmarkt angebotenen Initiativen – zu sprechen. Ich habe gehört, dass die EU an einer Initiative zur Harmonisierung der Vorschriften in den Bereichen Unternehmensrecht, Vertragsrecht, Rechnungslegung und öffentliches Auftragswesen zugunsten von KMU und größeren Unternehmen arbeitet. Da dies nicht nur für Mattyl, sondern auch für einige andere Unternehmen, die ich vertrete, von großem Interesse sein könnte, würde ich gerne mehr hierüber erfahren.

Mit freundlichen Grüßen

Guy Mamaison



Transyldavien Heute

DISKUSSIONSFORUM

Druckversion

Letzte Woche rief der liberale Abgeordnete Cristoforo Delluci das nationale Parlament auf, die Mindestlöhne zu senken oder sogar abzuschaffen, um unseren Firmen einen wirtschaftlichen Vorteil zu verschaffen und ihnen eine bessere Anpassung an wirtschaftliche und finanzielle Krisenzeiten zu ermöglichen.

Meine Freunde und ich haben gerade die Universität abgeschlossen, manche von uns sogar mit einer Promotion! Aber warum sollten wir hier Arbeit suchen? Um für wenig Geld und ohne Zukunftsperspektiven hart zu arbeiten? Dieser neue Vorschlag von Herrn Delluci zeigt mal wieder deutlich, in welche Abwärtsspirale wir uns befinden.

Gepostet von Ana Karenski am 6.1.201X um 16.01

Ich bin der Vorsitzende des Unternehmensverbands von Transyldavien, und ich möchte nur anmerken, dass viele von uns Schwierigkeiten haben, für einen Arbeitsplatz die richtigen Leute zu finden, obwohl es in bestimmten Bereichen zahlreiche offene Stellen gibt. So mussten wir kürzlich Einwanderer aus dem Maghreb und dem Osten Russlands einstellen, um viele solcher Stellen zu besetzen, und das klappt gut.

Gepostet von Robert Patterson am 6.1.201X um 15.11

Ich bin einer der sogenannten jugendlichen Krawallmacher. Ich versichere euch, dass viele von uns sehr wohl Arbeit gesucht haben, jedoch ohne Erfolg. Tatsächlich verschwinden viele Stellen im Ausland, und wenn einmal eine Stelle frei wird, werden wir übergangen, weil wir nicht über die richtigen Qualifikationen verfügen. Warum sollten wir uns überhaupt noch die Mühe machen? Ihr werdet mir sicher zustimmen, wenn ich sage, dass die Lage in Transyldavien ganz schön hoffnungslos ist.

Gepostet von Kasja Henriksson am 6.1.201X um 12.05

Giorgio, ich glaube, man muss das, was du ansprichst, auch aus einem anderen Blickwinkel sehen. Du scheinst mir ein bisschen naiv zu sein, wenn du die Schuld an den Problemen, die diese Jugendlichen verursachen, auf externe Faktoren wie Löhne schiebst. Als Mitglied der Handelskammer kann ich diesen Leuten nur raten, sich selbst einmal kritisch zu betrachten und sich eine Arbeit zu suchen wie alle anderen!

Gepostet von Romain Gauvin am 6.1.201X um 11.58

Das zeigt, wie abgehoben manche von unseren Politikern sind. Letzten Monat haben sie Zahlen vorgelegt, aus denen hervorgeht, dass die Zahl der Zwischenfälle, bei denen herumhängende Jugendliche für Ärger sorgen und randalieren, zugenommen hat. Sehen sie wirklich nicht den Zusammenhang? Als ob eine Senkung der Mindestlöhne diese Probleme nicht noch verschlimmern würde!

Gepostet von Giorgio Castiglone am 6.1.201X um 08.24

Du hast völlig Recht. Vor 10 Jahren haben dieselben Politiker uns erzählt, dass es gut für unser Land wäre, ein Teil der EU zu werden. Und wo stehen wir jetzt? Wir sind mit dem Rest Europas in eine Krise hineingezogen worden. Wenn es wirklich so eine tolle Idee war, ein Teil Europas zu werden, dann soll Europa das jetzt beweisen, indem es die Kommission dazu bringt, diese irrwitzige Idee zu stoppen!

Gepostet von Royce Zandvliet am 5.1.201X um 23.02

Das ist unglaublich. Ich hoffe, er glaubt nicht, dass er damit durchkommt. Die Gewerkschaften werden klar Stellung beziehen! Die Leute arbeiten bereits viel länger, nachdem die Regierung vor ein paar Jahren beschlossen hat, die Frührente abzuschaffen. Die jüngsten Analysen haben ergeben, dass fast 20 % der arbeitenden Bevölkerung über 50 sind, und jetzt wollen sie noch die Löhne kürzen! So eine Respektlosigkeit gegenüber den hart arbeitenden Menschen ist unfassbar!

Gepostet von Antonin Marek am 5.1.201X um 19.17

**E-MAIL**

Von: Mircea Polidentescu, Kabinett des Kommissars, GD Beschäftigung
An: Ramon Miscotas, RL "Strategie für Sozialschutz und soziale Eingliederung",
GD Beschäftigung
Kopie:
Datum: 4.1.201X
Betreff: WG: Dringender Antrag

Lieber Ramon,

wie besprochen leite ich die E-Mail, die wir von Krystyn Timur, der Vertreterin der transyldavischen Regionalregierung erhalten haben, an dich weiter. Es geht darin um die Probleme des Unternehmens Mattyl in der Region Transyldavien.

Zum Thema Armut habe ich es nicht geschafft, alle Zahlen zusammenzustellen. Allerdings hat die GD vor Kurzem den ersten jährlichen Bericht über Beschäftigung und soziale Entwicklung in Europa herausgegeben. Darin wird betont, dass neben den Menschen mit ständigen zeitlich befristeten Verträgen insbesondere ältere Menschen, alleinerziehende Eltern und Haushalte mit niedriger Erwerbsintensität von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind. Mehr als 8 % der Menschen, die eine Arbeit haben, sind von Armut bedroht (die „erwerbstätigen Armen“).

Die Verbesserung der Vermittelbarkeit älterer Arbeitnehmer und die Förderung eines aktiven Alterns sind wesentliche Bestandteile der Strategie „Älter und aktiver“, die helfen soll, die von der EU angestrebte Beschäftigungsquote von 75 % im Jahr 201X+12 zu erreichen. Die Strategie bietet den EU-Ländern einen Rahmen für Gespräche, den Informationsaustausch und die Koordinierung ihrer politischen Maßnahmen zur Erhöhung der Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer. In Polen wird z. B. durch das Programm "45/50+" und die Strategie "Solidarität zwischen Generationen" die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt durch Maßnahmen in verschiedenen Bereichen gefördert.

Was die EFGU-Maßnahmen angeht, solltest du sämtliche Informationen auf der Website der GD finden können. Kurz gesagt bietet der EFGU Maßnahmen, die die Wiedereingliederung von Menschen in den Arbeitsmarkt unterstützen. Dazu zählen finanzielle Maßnahmen (wie Hilfe für Arbeitsuchende, Karriereberatung, maßgeschneiderte Fortbildungen und Umschulungen sowie die Förderung des Unternehmertums) und einmalige, zeitlich begrenzte Unterstützungsmaßnahmen für Einzelpersonen (wie Arbeitslosenunterstützung, Mobilitätzuschüsse und Zuschüsse für die Teilnahme an Aktivitäten im Rahmen des lebenslangen Lernens).

Ich hoffe, dass diese Informationen dir weiterhelfen.

Viele Grüße

Mircea

----- Weitergeleitet von mircea.polidentescu@commission.europa.eu - 04/01/201X -----

Von: Krystyn Timur, Vertreterin der Regionalregierung Transylldaviens
An: Paul Argutis, Kommissar für Beschäftigung, GD Beschäftigung
Kopie: Mircea Polidentescu, Kabinett des Kommissars, GD Beschäftigung
Datum: 3.1.201X
Betreff: Dringender Antrag

Sehr geehrter Herr Argutis,

ich erlaube mir, Ihnen diese E-Mail zu senden, weil sich Transylldavien, eine wichtige Region in Europa, in sehr großen Schwierigkeiten befindet.

Unternehmen verlassen die Region, und die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Hinzu kommt, dass das Unternehmen Mattyl S.A., dessen Hauptsitz in Transylldavien liegt und das der Stolz des ganzen Landes ist, kurz vor der Insolvenz steht. Das Unternehmen ist seit fast 100 Jahren einer der größten Arbeitgeber in der Region. Ich möchte mir gar nicht ausmalen, was geschehen wird, wenn diese „Institution“ verschwindet. Daher möchte ich die Kommission bitten, tätig zu werden und alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um Mattyl zu retten, um sicherzustellen, dass über 1000 Menschen ihre Arbeitsplätze behalten können und Transylldavien vor einer weiteren sozialen Katastrophe bewahrt wird.

Ich sehe es als meinen persönlichen Auftrag, den vielen Menschen, die mich auch aufgrund meines festen Glaubens an Europa gewählt haben, zu beweisen, dass Europa sie nicht im Stich lässt. Mein Land pumpt seit Jahren Geld in Fonds wie den EFGU, und nun ist die Zeit gekommen, diese Gelder sinnvoll einzusetzen. Da das Jahr gerade erst begonnen hat, nehme ich an, dass die Mittel für den EFGU bislang nur in geringem Maße abgerufen wurden. Daher kann ich mir nicht vorstellen, dass es ein Problem wäre, den Menschen, die ihr Einkommen verlieren werden, etwas zusätzliche Arbeitslosenhilfe zu gewähren. Dies muss geschehen, damit wir zumindest verhindern, dass noch mehr Menschen in die Armut abgleiten. Außerdem möchte ich die Kommission bitten, den Bankensektor stärker unter Druck zu setzen, damit dieser mehr zinsgünstige Darlehen vergibt. Nur so kann Mattyl geholfen werden, diese Krise zu überstehen und einen möglichst großen Teil der Belegschaft zu behalten.

Bitte enttäuschen Sie die Menschen in Transylldavien nicht. Sie verdienen Ihre Hilfe genau so sehr wie die Menschen in allen anderen Regionen der EU.

Mit freundlichen Grüßen

Krystyn Timur
MEP Transylldavien

Veröffentlicht am: 15.12.201X-1

DER RUNDBLICK

NACHRICHTEN FÜR DIE REGION

Transyldavien: Von der Schönen zum Biest?

Die einst florierende Region Transyldavien ist auf gutem Weg, das große Sorgenkind unseres Landes zu werden. Die Arbeitslosenquote liegt seit über einem Jahr bei etwa 18 %, und der Anteil der Langzeitarbeitslosen beträgt 45 % mit steigender Tendenz.

Diese von der Textilindustrie dominierte Region hat seit Jahren Probleme. Zwar haben einige Unternehmen die Region verlassen oder zumindest einen großen Teil ihrer Produktion in Niedriglohnländer verlagert, doch finden viele der spezialisierteren Abläufe nach wie vor in der Region statt. Infolge der raschen Entwicklung in dem Sektor sind die Arbeitsanforderungen jedoch sehr spezifisch geworden, und immer mehr Unternehmen haben begonnen, Experten aus dem Ausland anzuwerben.

Zudem hat es den Anschein, dass das Anbieten unbefristeter Stellen – eine Maßnahme, die ursprünglich zur Überbrückung schwieriger Zeiten eingeführt wurde – mittlerweile eher die Regel als die Ausnahme ist, und viele Menschen haben die Suche nach einer festen Stelle aufgegeben. Infolgedessen nimmt die Armut zu, und die ganze Region steckt in einer Abwärtsspirale.

Europa um Hilfe zu bitten, scheint der einzige Ausweg zu sein. Haben nicht 80 % von uns vor so vielen Jahren gerade deshalb dafür gestimmt, ein Teil Europas zu werden? Haben wir das nicht getan, damit wir auf eine erfolgreiche Zukunft hoffen und im Bedarfsfall auf die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zählen können?



Oder damit wir zumindest vom Austausch von Fachwissen profitieren können? In Frankreich ist das „Solidaritätseinkommen“ (*revenu de solidarité active*), das seit Mitte 201X-3 ausgezahlt wird, sowohl ein Mindesteinkommen für Nicht-Erwerbstätige als auch ein Einkommenszuschuss für diejenigen, die eine neue Arbeit gefunden haben, bei der die Bezahlung niedriger ist als die vorher empfangenen Sozialleistungen. Könnte so etwas vielleicht eine Lösung für Transyldavien sein?

J.D. Jacobs

Der Rundblick vom 15.12.201X-1

© 201X-1 Copyright-Vermerk